



Landtag von Baden-Württemberg
Petitionsausschuss
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.

Caritasverband der Diözese
Rottenburg-Stuttgart e.V.

Diakonisches Werk der
Ev. Landeskirche in Baden e.V.

Diakonisches Werk der
ev. Kirche in Württemberg e.V.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, den 18.11.2009

Petition

Zwangswise Rückführung von Roma in den Kosovo

Sehr geehrter Herr Döpfer,

die Unterzeichnenden legen dem Petitionsausschuss des Landtages von Baden-Württemberg die folgende Petition vor. Wir tun dies in der besonderen historischen Verantwortung gegenüber einer in der deutschen Vergangenheit besonders verfolgten Volksgruppe. Wir tun dies in dem Bewusstsein, uns für eine Flüchtlingsgruppe einzusetzen, die selbst nicht oder nicht ausreichend in der Lage ist, ihre Interessen als Bürger dieses Landes deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben uns zu diesem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, um die hohe Dringlichkeit unseres Anliegens deutlich zu machen.

Wir wurden bestätigt in unserem Vorhaben durch die bei einer Asyltagung in der Evangelischen Akademie Baden geäußerte Absicht eines Vertreters des Petitionsausschusses, sich anlässlich einer Recherchereise in die Region über die Lage der Roma zu informieren.

- **Die Unterzeichnenden bitten den Petitionsausschuss des Landtages Baden-Württemberg, sich für einen sofortigen Abschiebestopp für vertriebene Roma aus dem Kosovo einzusetzen.**
- **Wir bitten die Landesregierung, ihre selektive Sichtweise bezüglich der jüngsten Stellungnahmen des UNHCR und des Menschenrechtskommissars des Europarats Thomas Hammarberg zur Gefährdungslage von Roma im Kosovo aufzugeben und die Berichte entsprechend ihrer deutlichen Aussagen zur Rückkehrsituation ernst zu nehmen.**
- **Wir verweisen die Landesregierung auf den Hintergrundbericht der OSZE zur Gesundheitssituation von Roma, die lange Zeit in bleiverseuchten Lagern in der Nähe von Mitrovica leben mussten.**
- **Wir erinnern Landesregierung und Landtag an ihre Verpflichtung aus der Kinderrechtskonvention, das Kindeswohl (auch von Flüchtlingskindern) ernst zu nehmen.**

Kontaktanschrift

Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V.
Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Migration, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart
Tel. 0711 1656-283, Fax 0711-1656-49-283

- ***Wir fordern die Landesregierung dazu auf, alles zu vermeiden, was die prekäre Lage des jungen Staates Kosovo weiter zu destabilisieren droht.***
- ***Wir bitten die Landesregierung, sich in der Innenministerkonferenz für eine bundesweite Regelung für Minderheitsangehörige aus dem Kosovo einzusetzen, die für Roma eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland gewährleistet.***

Begründung

Nachdem Deutschland in einem bilateralen Abkommen mit der Republik Kosovo (Rückübernahmeabkommen) die Voraussetzungen für die zwangsweise Rückführung von in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen Roma geschaffen hat, werden neben vielen anderen Minderheitsangehörigen nun auch Angehörige der Roma-Minderheit in das Kosovo abgeschoben. In zwei Charterflügen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden bereits mehrere Roma-Familien zwangsweise in das Kosovo zurückgeführt, obwohl das Abkommen noch nicht ratifiziert war.

Da ihre Lebensgrundlage während des Krieges im Kosovo zerstört wurde und ein effektiver Schutz durch internationale Organisationen im Kosovo nicht gewährleistet war, hat sich die UNMIK als Übergangsverwaltung des Kosovo während ihrer Amtszeit geweigert, einer Abschiebung von Kosovo-Roma zuzustimmen. Die UNMIK (UNO-Verwaltung) war und ist sich mit dem UNHCR (UN-Flüchtlingskommissar), vielen Nichtregierungs- bzw. Menschenrechtsorganisationen darin einig, dass alle Minderheiten, insbesondere die Roma, im Kosovo ernsthaften Gefahren ausgesetzt sind, die ihr Leben und ihre grundlegenden Freiheiten bedrohen.

Anfang September hat die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay die europäischen Staaten an den Pranger gestellt und deren Ignoranz bezüglich des Minderheitenschutzes beklagt.

Der Kommissar für Menschenrechte des Europarats in Straßburg, Thomas Hammarberg, konstatiert zwar eine graduelle Verbesserung der Menschenrechtssituation auf dem Balkan, sieht aber insbesondere die Minderheit der Roma im Kosovo immer noch als sehr gefährdet an. Er fordert die europäischen Regierungen auf, zwangsweise Rückführungen in den Kosovo zu vermeiden, stattdessen angemessene Lösungen in den Aufnahmeländern anzustreben.

Die Landesregierung hat sich bisher geweigert, diese Berichte ernst zu nehmen (siehe Stellungnahme des Innenministeriums Baden-Württemberg zu einem Antrag der Abg. Nikolaos Sakellariou u. a. der SPD). Vielmehr interpretiert sie missverständliche Äußerungen des UNHCR so, als würde die UN-Menschenrechtsorganisation inzwischen einer Abschiebung von Roma aus dem Kosovo zustimmen.

Von 150.000 nach Europa geflüchteten Roma leben heute noch etwa 23.000 in Deutschland. Über 10.000 geduldeten Roma droht nun die Abschiebung. In Baden-Württemberg halten sich nach Angaben des Innenministeriums zurzeit noch 1.200 geduldete Roma aus dem Kosovo auf. Weitere 1.800 Roma erhielten in den vergangenen fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung, die bei Arbeitslosigkeit und fehlender Lebensunterhaltssicherung nach derzeitiger Rechtslage nicht verlängert werden kann. Als Folge müssen auch die davon betroffenen Roma befürchten, ab Anfang nächsten Jahres abgeschoben zu werden.

Die Unterzeichnenden bitten die Landesregierung eindringlich, die zwangsweisen Rückführungen von Roma-Familien in das Kosovo zu beenden und fordern die sofortige Aussetzung des Rückübernahmeabkommens mit der Republik Kosovo.

Kontaktanschrift

Die Rückführungen würden die betroffenen Menschen unweigerlich in soziale Verelendung stürzen und einer fort dauernden Ausgrenzung und Diskriminierung aussetzen mit allen Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Vorenthaltung von Bildung, Verweigerung weiterer sozialer Rechte sowie einer zunehmenden Chronifizierung von schweren Krankheiten. Die Abschiebung von hier geborenen und aufgewachsenen Kindern, die Deutschland als ihre Heimat erleben, widerspricht allen nationalen und internationalen Regelwerken und Normen zum Schutz von Kindern, denen sich Deutschland verpflichtet hat.

Weder der verfassungsmäßig verbrieftete Minderheitenschutz im Kosovo, noch die durch nationale oder internationale Re-Integrationshilfen begleitete Rückkehr können verhindern, dass die Diskriminierung von Roma existenzbedrohende Ausmaße annimmt. Dem Anspruch auf Nachhaltigkeit können europäische und nationale Rückkehrprogramme für Roma nicht gerecht werden. Der schon heute zu beobachtende Drehtüreffekt, der nach einer Abschiebung oft zu einer erneuten Wiedereinreise nach Deutschland führt, wird sich fortsetzen.

Wir bitten deshalb die Mitglieder des Petitionsausschusses, sich mit der Lage der Roma in Deutschland und ihrer Gefährdungssituation im Falle einer Rückführung in das Kosovo zu befassen.

Wir bitten den Landtag, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass diese sich für ein humanitäres Aufenthaltsrecht für Roma aus dem Kosovo einsetzt. Die Gewährung einer dauerhaften Zukunftsperspektive und ernstgemeinte Integrationshilfen für diese marginalisierte Flüchtlingsgruppe wären Ausdruck einer historischen Verantwortung Deutschlands.

Mit freundlichen Grüßen

Für das Diakonische Werk Baden



Oberkirchenrat Johannes Stockmeier
Vorstandsvorsitzender

Für das Diakonische Werk Württemberg



Oberkirchenrat Dieter Kaufmann
Vorstandsvorsitzender

Für den Diözesancaritasverband
Freiburg



Msgr. Bernhard Appel
Diözesancaritasdirektor

Für den Diözesancaritasverband
Rottenburg-Stuttgart



Johannes Böcker
Diözesancaritasdirektor

Für den
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Angelika von Loeper
Vorsitzende

Kontaktanschrift

Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V.
Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Migration, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart
Tel. 0711 1656-283, Fax 0711-1656-49-283

Anlagen:

Kurz-Dokumentation der Kosovo-Recherchereise der Diakonie in Baden in das Kosovo
Annette Stepputat und Jürgen Blechinger
Karlsruhe, Juni 2008

Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo
Stephan Dünnwald im Auftrag von PRO ASYL,
Oktober 2009

OSCE

Organisation for Security and Co-Operation in Europe

OSCE Mission in Kosovo

Background Report

Land contamination in Mitrovica affecting the Roma community,
Februar 2009

Commissioner for Human Rights/Menschenrechtskommissar des Europarates in Straßburg

Thomas Hammarberg

Report of the Council of the Europe Commissioner for Human Rights

Special Mission to Kosovo 23 – 27 March 2009

Straßburg, 2. Juli 2009

Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH

Kosovo: Zur Rückführung von Roma, Update der SFH-Länderanalyse

Rainer Mattern

Bern, 21. Oktober 2009

UNHCR

Anmerkungen zur geplanten Verordnung der Bundesregierung, mit der Staaten als „sichere“ Herkunftsstaaten festgelegt werden (KOSOVO)

10. Mai 2009

Kontaktanschrift

Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V.
Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Migration, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart
Tel. 0711 1656-283, Fax 0711-1656-49-283